

Österreich und die Schweiz – Wunderkinder oder Trittbrettfahrer? (Teil II)

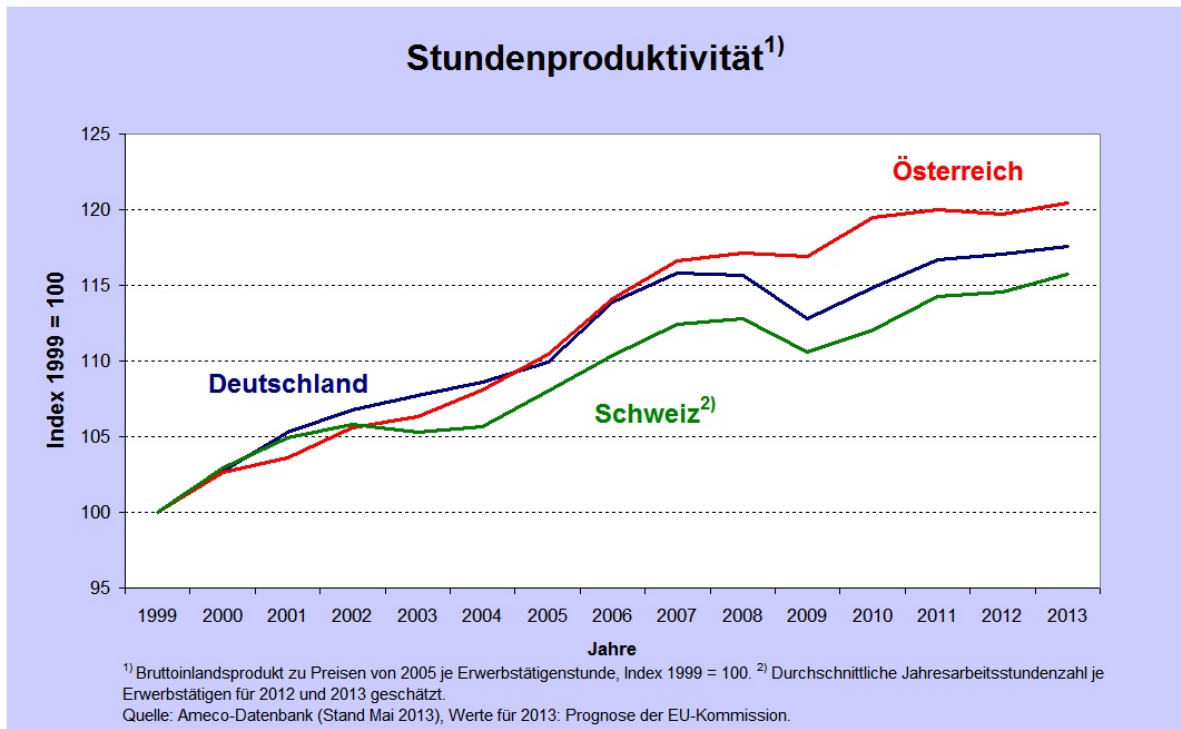
Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 24.09.2013 (editiert am 25.05.2016)

Im ersten Teil dieser Serie haben wir uns mit den außenwirtschaftlichen Verhältnissen der beiden Länder im Vergleich zu Deutschland befasst. Ohne Zweifel haben alle drei eine ausgeprägt außenwirtschaftliche Ausrichtung ihrer Wirtschaft und haben in den vergangenen zehn Jahren in hohem Maße von der Tatsache profitiert, dass es ihnen gelungen ist, durch eine relative Niedriglohnstrategie (geringe Lohnsteigerungen im Verhältnis zur Produktivität und das im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern) Marktanteile im internationalen Handel zu gewinnen und dadurch positive Außenbeiträge für ihr Wachstum zu generieren. Es ist allerdings auch klar geworden, dass diese Strategie nicht beliebig fortgesetzt werden kann, was sich in der Schweiz schon in einer starken Aufwertung der eigenen Währung niedergeschlagen hat, die die Notenbank zum Eingreifen gezwungen hat und der außenwirtschaftlichen Orientierung für die nächsten Jahre klare Grenzen setzt.

Allerdings gibt es trotz der gleichartigen Ausrichtung der Wirtschaft erhebliche Unterschiede in den Wachstumsraten, die andere Gründe haben müssen. Und in der Tat, wie zu zeigen ist, wurde die Strategie der Lohnmoderation durchaus in unterschiedlicher Härte durchgesetzt. Die Schweiz und Österreich haben, um es einmal so zu sagen, die Kirche im Vergleich zu Deutschland im Dorf gelassen, was ihnen doch bemerkenswerte Vorteile erbracht hat.

Obwohl die Produktivität (pro Stunde) in allen drei Ländern seit der Jahrtausendwende nicht übermäßig gestiegen ist (vgl. Abbildung 1), gibt es doch einige Unterschiede in der Art und Weise, wie diese Produktivität genutzt wurde.

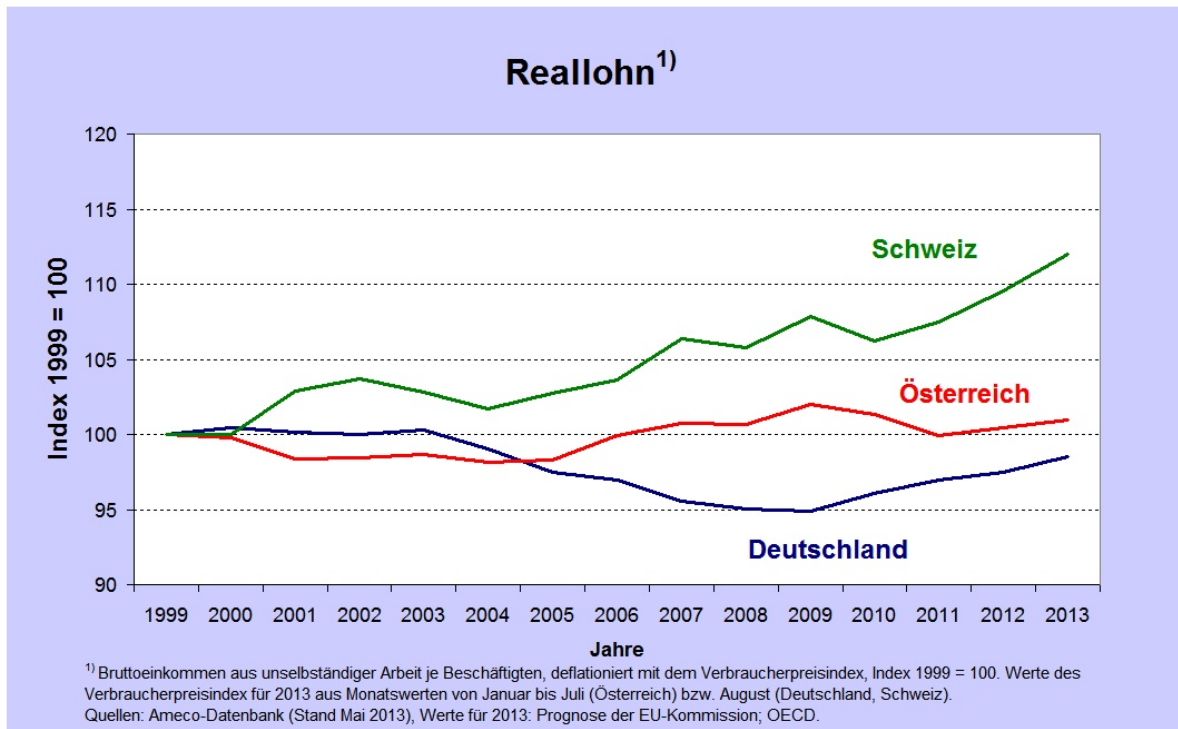
Abbildung 1



Bei der Stundenproduktivität steht Österreich am besten da mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 1,3 Prozent seit 1999, während die Schweiz mit nur 1,0 Prozent das Schlusslicht bildet. Alle Zuwachsraten sind aber im Rahmen dessen, was in den übrigen entwickelten Ländern in Europa, aber auch außerhalb derzeit die Regel ist. Wesentlich stärkere Zuwächse wurden in den vergangenen Jahrzehnten nur in den USA gemessen, wo die Messung selbst aber umstritten ist, so dass wir darauf nicht abstellen wollen.

Wir hatten schon im ersten Teil festgestellt, dass die nominalen Einkommen in allen drei Ländern schwach zugelegt haben, was die Vorteile bei der Wettbewerbsfähigkeit (ausgelöst in allen Fällen von einer realen Abwertung auf der Basis der Lohnstückkosten) mit sich gebracht hat. Das hat sich auch in der Einkommensverteilung niedergeschlagen.

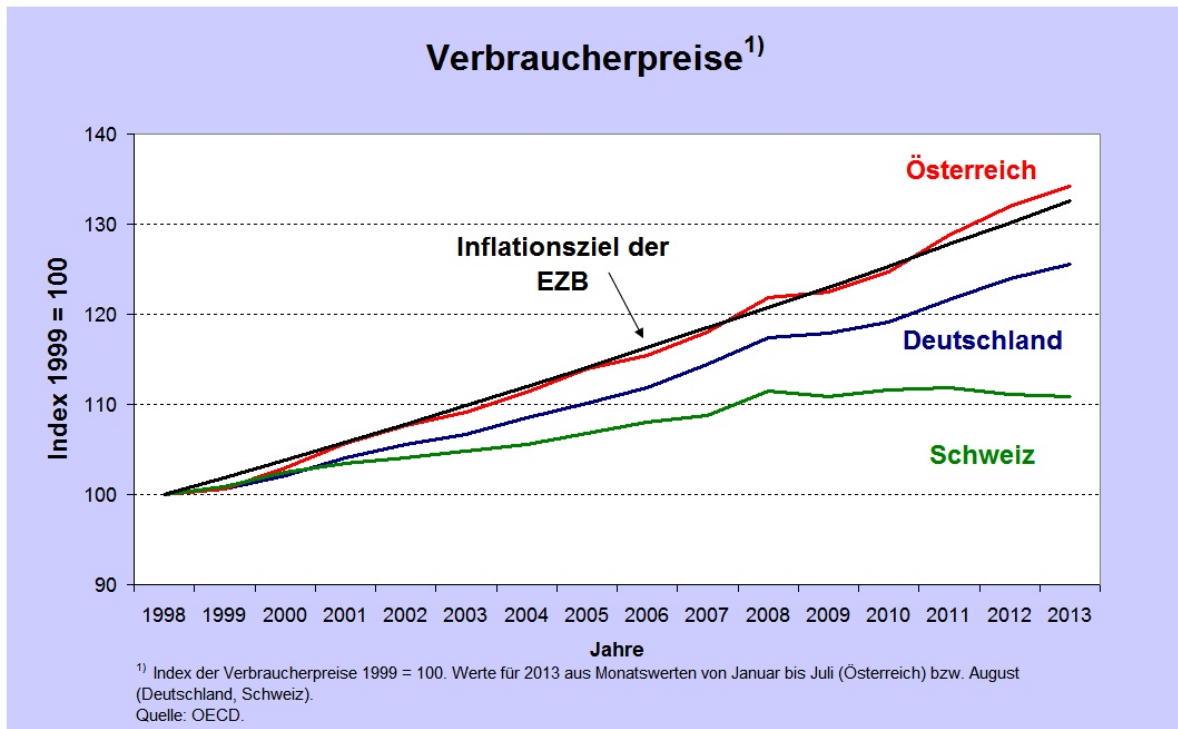
Abbildung 2



Dass alle drei Länder einem ähnlichen wirtschaftspolitischen Modell folgen, sieht man an der Entwicklung der Realeinkommen pro Kopf, also dem Reallohn (vgl. Abbildung 2; man müsste natürlich Löhne pro Stunde mit der Produktivität pro Stunde vergleichen, was für Deutschland und Österreich geht, für die Schweiz haben wir aber noch keine Daten zu den Beschäftigtenstunden in der Gesamtwirtschaft gefunden).

Österreich und Deutschland verzeichnen eine massive Umverteilung, da die Reallöhne bei steigender Produktivität überhaupt nicht gestiegen bzw. leicht gefallen sind. In der Schweiz steigen die Reallöhne stärker, weil bei ähnlichen nominalen Lohnentwicklungen wie in Deutschland (in nationaler Währung gerechnet) die Preise auf der Verbraucherstufe unterschiedlich reagieren (vgl. Abbildung 3). Zwar gibt es auch beim Deflator des Bruttoinlandsprodukts sichtbare Unterschiede, aber am klarsten zeigt sich beim Verbraucherpreisindex, dass der Druck, Lohnstückkostenvorteile in den Preisen weiterzugeben, in der Schweiz mit Abstand am größten ist. Das liegt sicherlich an dem Aufwertungsdruck, unter dem der Schweizer Franken steht.

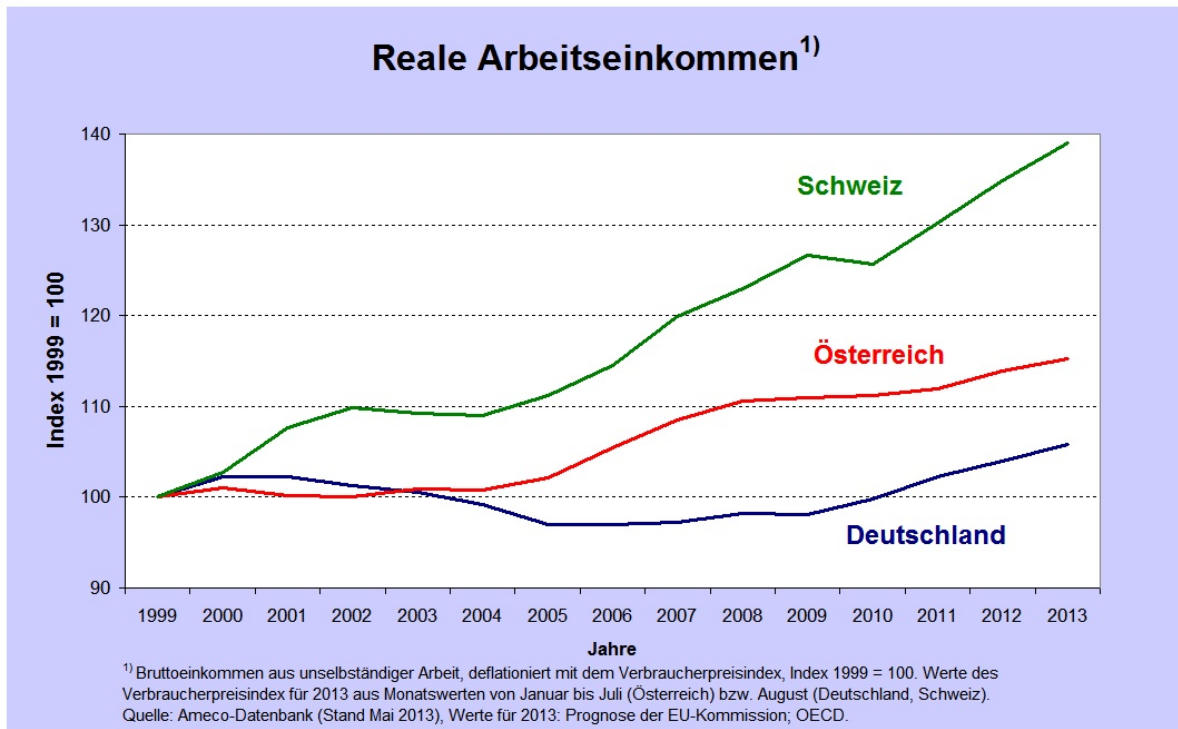
Abbildung 3



In der Schweiz bewegt sich der Preisanstieg pro Jahr um 0,7 Prozent, in Deutschland liegt er bei 1,6 Prozent und nur Österreich liegt mit 2,1 Prozent in etwa auf der Linie, die von der Europäischen Zentralbank mit 1,9 Prozent pro Jahr vorgegeben ist.

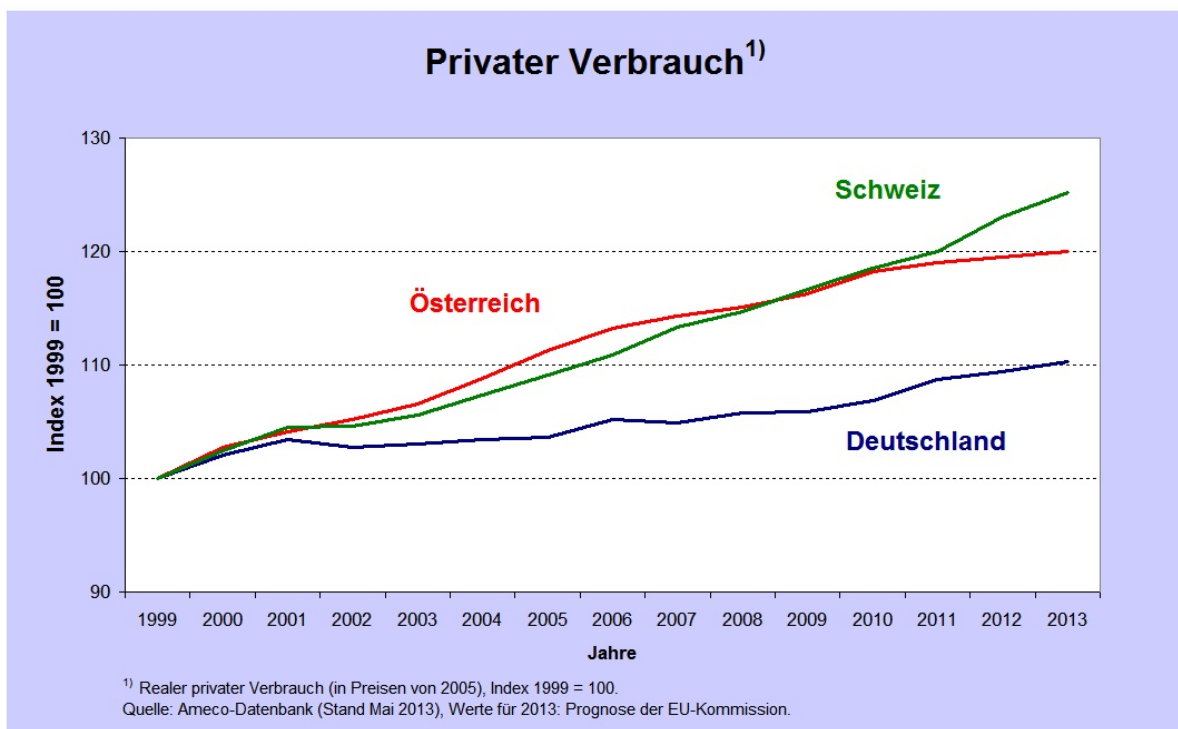
Die Unterschiede in der Entwicklung der Reallöhne reichen aber nicht aus, um die großen Unterschiede in der Entwicklung des privaten Verbrauchs zwischen den drei Ländern zu erklären. Der Hauptunterschied liegt in der Beschäftigung. Die hat dafür gesorgt, dass sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit insgesamt (also der Pro-Kopf-Lohn mal die Zahl der Köpfe) sehr unterschiedlich entwickelt hat (vgl. Abbildung 4). In der Schweiz haben die (wiederum mit dem Verbraucherpreisindex deflationierten) realen Arbeitseinkommen enorm zugelegt, in Österreich etwas und in Deutschland sehr wenig im Vergleich dazu. Allerdings dürfte die Zuwachsrates der Beschäftigung in der Schweiz (24 Prozent über den gesamten Zeitraum) überzeichnet sein, weil ein Teil der zusätzlich Beschäftigten vermutlich nicht voll arbeitet. Gleichwohl ist sie wohl deutlich höher als in Österreich (14 Prozent) und Deutschland (7 Prozent).

Abbildung 4



Das extrem unterschiedliche Tempo der Beschäftigungszunahme schlägt sich, wie nicht anders zu erwarten, in einem völlig andersartigen Verlauf des privaten Verbrauchs in den drei Ländern nieder (vgl. Abbildung 5). Die Schweiz und Österreich haben, anders als Deutschland, jedes Jahr doch einen spürbaren, man ist geneigt zu sagen: normalen Zuwachs des privaten Verbrauchs zu verzeichnen.

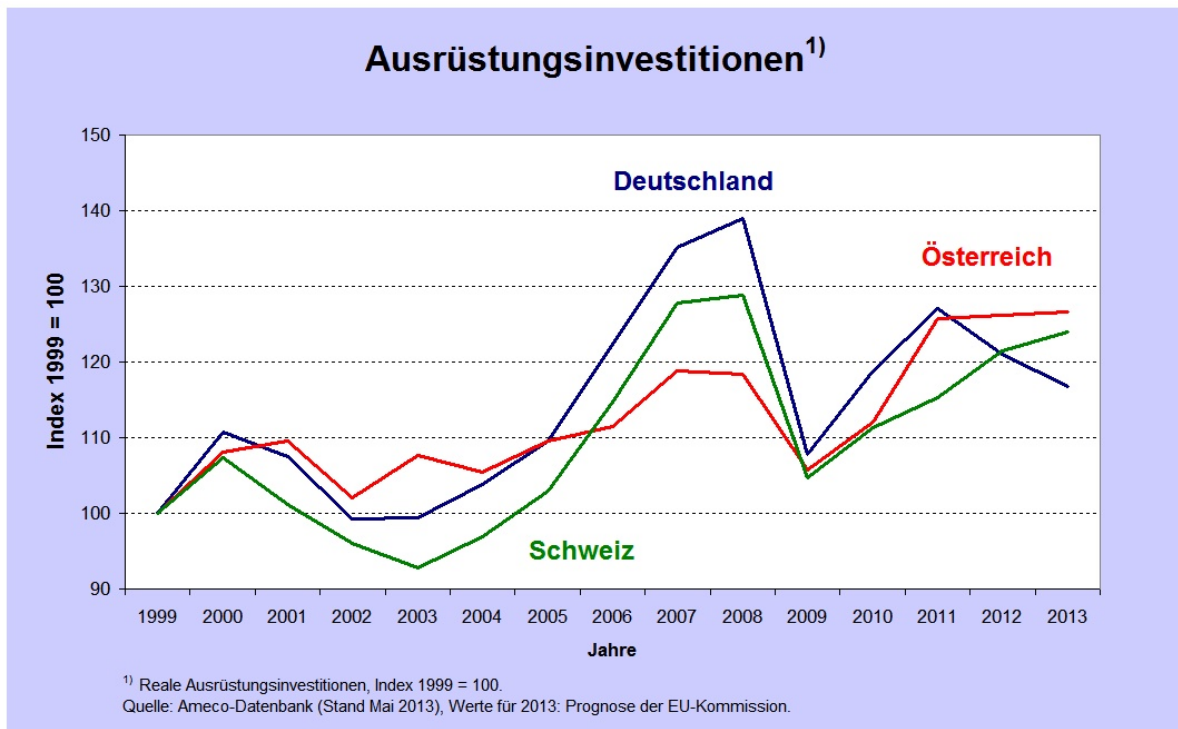
Abbildung 5



Das führt offensichtlich zu einer wesentlich gleichgewichtigeren Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Zwar ist die Investitionsdynamik in den drei Ländern im Zeitverlauf nicht sehr unter-

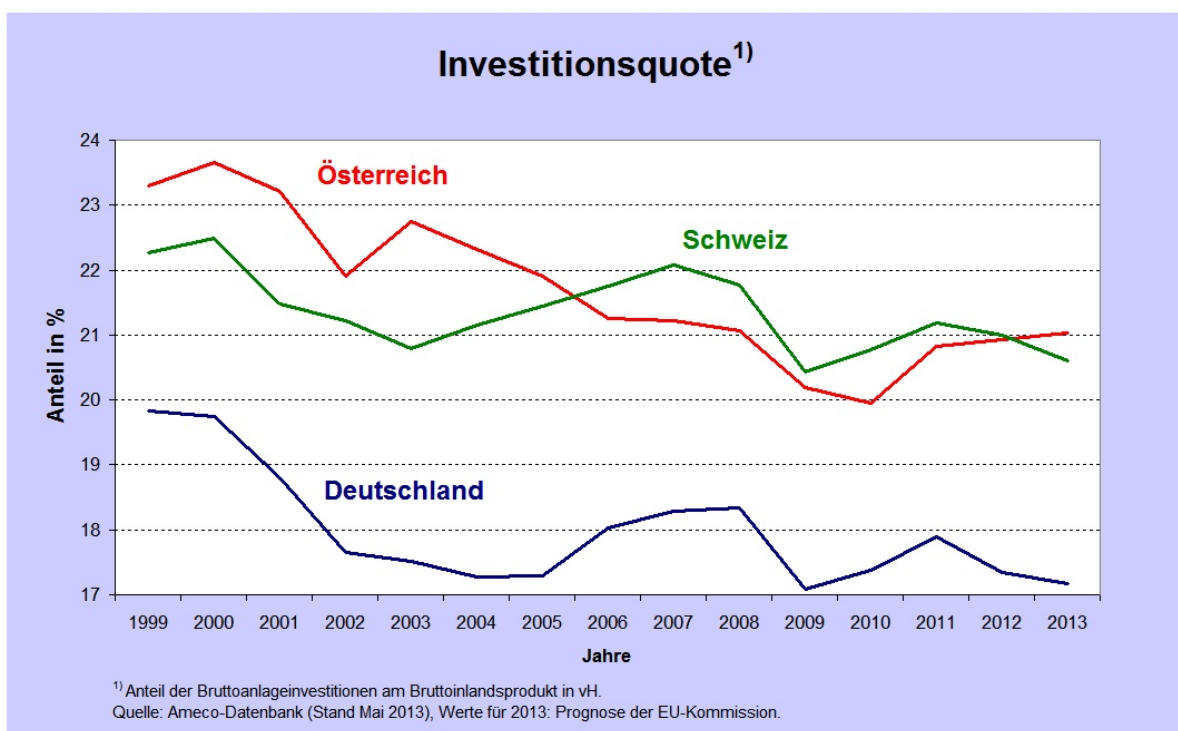
schiedlich (vgl. Abbildung 6), doch bei dem Niveau der Investitionstätigkeit ergeben sich große Differenzen.

Abbildung 6



Die Investitionsquote liegt in den beiden kleineren Ländern trotz abnehmender Tendenz mit etwa drei Prozentpunkten Abstand deutlich über der des großen Nachbarn (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7



Das ist mehr als bemerkenswert, und kann nur damit erklärt werden, dass bei einer weniger einseitigen Wirtschaftsdynamik die Unternehmen auch dann im Inland mehr investieren und mehr Personen beschäftigen, wenn ihre Situation bei der Verteilung der laufenden Einkommen weniger günstig ist. Die Tatsache, dass in der Schweiz die Umverteilung am wenigsten extrem zugunsten der Unternehmen verlief, während gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten am schnellsten stieg und die Investitionssquote trotzdem klar höher als in Deutschland war, müsste den Ökonomen, die eine neoklassisch ausgerichtete Angebotstheorie vertreten, zu denken geben.

Insgesamt gesehen spricht vieles dafür, dass, wie schon im ersten Teil dieser Beitragsserie gesagt, durch die Aufwertung des Schweizer Franken, die nach der Finanzkrise eingetreten ist, der Druck auf die Unternehmen, die geringen Lohnstückkostensteigerungen im Inland in niedrigen oder sogar sinkenden Preisen weiterzugeben, wesentlich größer ist als in Deutschland, aber auch als in Österreich. Zuletzt sinken die Verbraucherpreise in der Schweiz sogar.

Damit verbindet die Schweiz im Moment zwei günstige Konstellationen, die aber sehr fragil sind. Auf der einen Seite versuchen die Unternehmen, ihre internationalen Marktanteile und damit Arbeitsplätze zu halten, indem sie Gewinneinbußen akzeptieren. Andererseits müssen sie im Inland ebenfalls Preiszugeständnisse machen, die den Verbrauchern zugute kommen und die inländische Nachfrage stärken. Wie lange die Unternehmen den Kostendruck durchhalten, ohne dass sie beginnen, Arbeitsplätze im Inland abzubauen oder zumindest das Tempo der Beschäftigungszunahme zu drosseln, ist eine offene Frage. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass der Beschäftigungsaufbau in beiden Ländern im Vergleich zu Deutschland wesentlich größer ist. Das hat sicher auch damit zu tun, dass beide Länder Zuwanderungsländer in einer anderen Dimension als Deutschland sind und eine vernünftige Politik zur Integration der Zuwanderer machen. Insbesondere das in der Schweiz strikt durchgehaltene Bestimmungslandprinzip (es wird immer der Lohn des Landes gezahlt, in dem die zugewanderte Arbeitskraft beschäftigt ist) und, [wie Werner Vontobel hier vor kurzem gezeigt hat](#), die effektive Mindestlohnpolitik haben zu einer merklichen Zuwanderung geführt, die aber wiederum Chancen geschaffen hat für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

Die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik in den beiden Ländern bestätigt unsere These, dass Arbeitsmarktflexibilität im neoklassischen Sinne keine Voraussetzung für Erfolg am Arbeitsmarkt ist. Bei einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt ist eine ausgewogenere und stabilere wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen als bei massiver Umverteilung. Deutschland hat diese Lektion noch immer nicht gelernt.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 24.09.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/09/abo-artikel-oesterreich-und-die-schweiz-wunderkinder-oder-trittbrettfahrer-teil-ii/>